

Antragsbereich A / Antrag 38/III/2023

AntragstellerInnen: OV Olympiadorf

Empfänger: Unterbezirksparteirat

Bundestagsfraktion Bundesparteitag

38/III/2023: Wohnungsbauoffensive der öffentlichen Hand - Bezahlbares Wohnen auch über Großsiedlungen

1 Wir beantragen eine staatliche Wohnungsbauoffensive, ausgestattet mit 50 Milli-
2 arden Euro Kapital, zum Bau von sozial geförderten Wohnungen in ganz Deutsch-
3 land, die dauerhaft in der sozialen Bindung verbleiben. Die zu errichtenden Woh-
4 nungen verbleiben in staatlichem Besitz und staatlicher Verantwortung. Ziel des
5 staatlichen Wohnungsbaus ist es, den Bedarf an bezahlbaren Wohnungen in ab-
6 sehbarer Zeit zu decken und das Grundbedürfnis nach Wohnen dauerhaft für alle
7 zu sichern.

8

9 **Begründung**

10 Wohnen ist ein Grund- und Menschenrecht, aber gleichzeitig ist es für sehr viele
11 Menschen zum individuellen Lebensrisiko geworden. Wie die Realität zeigt, wird
12 der freie Markt das Recht auf Wohnen nicht einlösen. Der Staat befindet sich in
13 direkter Verantwortung für ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu sorgen und
14 muss diesen auch für Menschen mit niedrigem Einkommen bereitstellen. Als
15 notwendiger Effekt einer staatlichen Bautätigkeit muss sich der Wohnungs- und
16 Immobilienmarkt von einem Markt hin zu einem Teil der öffentlichen Daseinsvor-
17 sorge für alle Bürger wandeln. Ein Bündnis aus Mieterbund und Baugewerkschaft
18 sowie Sozial- und Branchen-Verbänden hat Bund und Länder aufgefordert, für
19 den sozialen Wohnungsmarkt bis 2025 50 Milliarden Euro aufzubringen.

20

21 Über alle Einkommensgrenzen bis weit in die Mittelschicht hinein, werden oft
22 weit über 30 Prozent des verfügbaren Budgets für Wohnen verwendet. Die Wis-
23 senschaft geht davon aus, dass arme Haushalte und der Mittelstand ein Problem
24 haben, wenn mehr als 30 Prozent für Wohnen ausgegeben werden. Die Zahl
25 der prekären Wohnverhältnisse nimmt, ebenso wie die Armut, unaufhaltsam
26 zu. Wohnraum ist zum Luxusgut verkommen.

27

28 Bis in die Siebzigerjahre hinein wurden riesige Bestände an sozialen Wohnungen
29 geschaffen. Danach zog sich der Staat immer weiter aus der Verantwortung.
30 Außerdem hat der soziale Wohnungsbau ein Ablaufdatum, denn in vielen Jahren
31 fielen mehr Wohnungen aus der sozialen Bindung und waren nicht mehr ge-
32 schützt, als neue Wohnungen gebaut wurden. In den neunziger Jahren gab es in
33 Deutschland rund drei Millionen Sozialwohnungen, heute sind es noch 1,1 Millio-

34 nen. Zwischen 2002 und 2019 wurden nicht einmal 430.000 Sozialwohnungen
35 errichtet. Insgesamt fehlen in Deutschland derzeit etwa 700.000 Sozialwohnun-
36 gen. Wir brauchen jetzt einen **Paradigmenwechsel** in der Wohnungspolitik, um
37 unserer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden.

38

39 Eine staatliche Wohnungsbauoffensive kann durch eine entsprechende **Besteue-**
40 **rung und Steuerprüfung der Superreichen** finanziert werden.

41

42 Über 60 Prozent aller Vermögen in Deutschland wurden durch Schenkung und
43 Erbschaft erzielt, nicht durch die eigene Hände Arbeit. In Deutschland besitzen
44 2.900 Superreichen (Personen, die über ein Vermögen von mehr als 50 Millionen
45 Euro verfügen) 21 Prozent des gesamten Finanzvermögens im Land. Insgesamt
46 gibt es in Deutschland 9.700 Superreiche. Das Geldvermögen der privaten Haus-
47 halte hierzulande erhöhte sich in den ersten drei Monaten im Jahr 2023 um 146
48 Milliarden auf rund 7.393 Milliarden Euro (Quelle, Deutsche Bundesbank). Das
49 Anlagevermögen in Deutschland beträgt über 20 Billionen (20 mit 12 Nullen) mit
50 stark steigender Tendenz. Vererbt werden in Deutschland jährlich dreistellige
51 Milliardenbeträge. Durch alle Arten von Steuervermeidung der Reichen und
52 Superreichen ist deren gesellschaftlicher Beitrag grundlegend sozial ungerecht.
53 Die Normalbürger zahlen 43 Prozent an Steuern und Sozialabgaben, der Millionär
54 hingegen nur knapp 24 Prozent. Zudem müssen Einkommensmillionäre und
55 -millionärinnen nur sehr selten eine Steuerprüfung fürchten. Die Quote der
56 Finanzämter hat sich in den vergangenen zehn Jahren halbiert. Von nur 870
57 geprüften Millionären mussten im Jahr 2022 nämlich 661 Millionäre Steuern
58 nachzahlen.

59

60 Durch eine Steuerreform mit Wiedereinführung der Vermögenssteuer, einer ent-
61 sprechenden Finanztransaktionssteuer, Anhebung des Spitzensteuersatzes bei
62 gleichzeitiger Entlastung der unteren und mittleren Einkommen, sowie der Erhö-
63 hung der Erbschaftssteuer für große Erbschaften, kann die Finanzierung des staat-
64 lichen Wohnungsbaus dauerhaft gesichert werden. Eine entsprechende Steuerre-
65 form, die die Superreichen stärker in die Pflicht nimmt, liefert gleichzeitig einen
66 notwendigen gesellschaftlichen Beitrag zu mehr sozialer Gerechtigkeit. Die Steu-
67 erprüfung der Reichen und Superreichen muss lückenlos sichergestellt sein.